

Postulat Steiner Bernhard und Mit. über ein Moratorium für die Behandlung von Minderjährigen mit Pubertätsblockern und geschlechtsangleichenden Operationen aufgrund von Geschlechtsdysphorie

eröffnet am 24. März 2025

Der Regierungsrat wird beauftragt, ein sofortiges Moratorium für die Verschreibung von Pubertätsblockern und für die Durchführung geschlechtsangleichender Operationen bei Minderjährigen mit Geschlechtsdysphorie in kantonalen Gesundheitseinrichtungen zu veranlassen. Begleitend dazu soll er alternative Unterstützungsmöglichkeiten fördern und eine Sensibilisierung und Schulung von Fachkräften im Gesundheits- und Bildungswesen über die neuesten kritischen wissenschaftlichen Erkenntnisse und ethischen Herausforderungen im Umgang mit Geschlechtsdysphorie bei Minderjährigen in die Wege leiten.

Begründung:

In den letzten Jahren hat die Behandlung von Kindern und Jugendlichen mit Geschlechtsdysphorie, insbesondere der Einsatz von Pubertätsblockern und geschlechtsangleichenden Operationen, international zu intensiven Debatten und Besorgnis geführt. Mehrere Länder haben aufgrund wachsender wissenschaftlicher und ethischer Bedenken Massnahmen ergriffen, um die medizinischen Behandlungen von Minderjährigen zu überprüfen oder einzuschränken. Die Langzeitfolgen dieser Interventionen sind bislang unzureichend erforscht, und es gibt zunehmend Hinweise darauf, dass ein vorsichtigerer und evidenzbasierter Ansatz erforderlich ist.

Es gibt nur begrenzte wissenschaftliche Erkenntnisse über die langfristigen gesundheitlichen und psychischen Folgen von Pubertätsblockern und geschlechtsangleichenden Massnahmen bei Jugendlichen. Fälschlicherweise werden Pubertätsblocker als «reversibel» dargestellt, obwohl es starke Hinweise gibt, dass sie nachhaltige und bleibende Auswirkungen auf die Knochenentwicklung, die kognitive Entwicklung und die Fruchtbarkeit haben. Geschlechtsangleichende Operationen sind aber immer unumkehrbar und haben tiefgreifende physische und psychische Auswirkungen. Länder wie Schweden, Finnland, Grossbritannien und Frankreich haben die Behandlungspraxis überarbeitet oder stark eingeschränkt, um sicherzustellen, dass medizinische Eingriffe bei Jugendlichen nur in klar definierten und wissenschaftlich fundierten Ausnahmefällen erfolgen. Auch psychotherapeutische und beratende Massnahmen sollten vorrangig evaluiert und kritisch hinterfragt werden, um Jugendlichen eine fundierte und langfristig tragfähige Entscheidungsgrundlage zu ermöglichen.

Aufgrund dieser Überlegungen fordern wir den Regierungsrat auf, ein sofortiges Moratorium für die Verschreibung von Pubertätsblockern und die Durchführung geschlechtsangleichernder Operationen bei Minderjährigen mit Geschlechtsdysphorie in kantonalen Gesundheitsein-

richtungen zu veranlassen. Begleitend dazu soll er die Förderung alternativer Unterstützungs-möglichkeiten wie psychotherapeutischer Begleitung für betroffene Jugendliche und ihre Fa-milien veranlassen und eine kritische Sensibilisierung und Schulung von Fachkräften im Ge-sundheits- und Bildungswesen über die neuesten kritischen wissenschaftlichen Erkenntnisse und ethischen Herausforderungen im Umgang mit Geschlechtsdysphorie bei Minderjährigen in die Wege leiten.

Steiner Bernhard

Schumacher Urs Christian, Stadelmann Fabian, Dahinden Stephan, Knecht Willi, Müller Guido, Arnold Robi, Ursprung Jasmin, Meyer-Huwyler Sandra, Lingg Marcel, Hodel Thomas Alois, Waldis Martin, Wicki Martin, Lötscher Hugo, Bossart Rolf, Lüthold Angela, Frank Reto, Gerber Fritz